Kriegserklärung der Supermächte an die Völker S. 6

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 30 vom 4. August 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Kambodscha

Sturm auf Pnom Penh

Immer fester hat sich in den letzten Monaten und Wochen der Ring der Befreiungsstreitkräfte um Pnom Penh geschlossen. Jetzt haben sich die Kämpfer zum Sturm auf die letzte Festung der Reaktionäre, Pnom Penh, erhoben.

Die Clique um Lon Nol sieht, dass sie ihrer gerechten Strafe nicht mehr entgehen kann und fängt an, um ihr Leben zu betteln. Ihr letzter Strohhalm ist die "Koalitionsregierung".

Aber das kambodschanische Volk fällt auf dieses "Angebot", das nur die nackte Angst der Lon Nol Clique zeigt, nicht herein. Vom 19. bis zum 21. Juni tagte in Indochina der erste Nationalkongress der Vereinigten Nationalen Front von Kambodscha, der klar das Ziel des Kampfes festlegte: "Einnahme von Pnom Penh und die Machtergreifung über die gesamte Nation Kambodschas."

Danach handeln die Befreiungskämpfer, die zum Sturm auf Pnom Penh ansetzen. Danach handeln aber auch die Menschen in Phnom Penh selbst. Samdech Sihanuk sagte am 14. Juni in Belgrad: "Der Krieg in Kambodscha ist hauptsächlich ein Kampf zwischen dem kambodschanischen Volk, das nach Unabhängigkeit strebt, und dem amerikanischen Imperialismus. Ohne den letzteren kann das Lon Nol-Regime in Pnom Penh von Kambodscha keine 24 Stunden weiterbestehen."

Und so ist es. Die Waffen des Volkes richten sich auch innerhalb Pnom Penhs gegen die Verräter. Erst vor kurzem stürmte die Bevölkerung das Büro der Marionettenregierung im Bezirk Chba Ampeou, um sich Nahrung zu verschaffen. Unterstützt wurde sie von vielen hungrigen Polizisten und Soldaten.

"Einige tausend Soldaten marschierten mit Transparenten: Verräter! Wo ist unser Sold? und anderen Losungen auf den Wohnsitz des Premierministers der Marionetten, In Tam, um Sold und Reis zu fordern. Demonstrierende Soldaten feuerten auch auf die Residenz Lon Nols und andere." (Peking Rundschau vom 3. Juli 1973).



Während die Clique um Lon Nol noch die Bevölkerung zur Verteidigung der Stadt aufruft, haben die Ratten längst begonnen, das Schiff zu verlassen: Die ausländischen Diplomaten, unter ihnen auch die westdeutschen, packen ihre Koffer. So sitzen die Verräter allein da. Allein mit den amerikanischen Bombern, die mit letzten mörderischen Angriffen zu verhindern suchen, was nicht zu verhindern ist: Der Sieg des kambodschanischen Volkes, die Wiedererlangung der Unabhängigkeit, des Friedens und der Neutralität Kambodschas.

Für alle Welt ist damit aber auch klar, auf welcher Seite die sowjetischen Sozialimperialisten stehen, die sich bis heute zur Verräterclique um Lon Nol bekennen: Auf der Seite einer verschwindend kleinen Zahl von nationalen Verrätern, auf der Seite der immer mehr bedrängten US-Aggressoren.

Vorwärtstreibend ist allein die Kraft der Völker:

"Die Versuche des Imperialismus, die Welt aufzuteilen und die Einflussphären an sich zu reissen, sind auf umfassenden Widerstand gestossen. Die Welle des Kampfes der kleinen und mittelgrossen Länder gegen die Machtpolitik und Hegemoniebestrebungen schlägt von Tag zu Tag höher. Die Länder der dritten Welt schliessen sich in ihrem Kampf gegen den Imperialismus und Kolonialismus noch enger zusammen und spielen eine immer grössere Rolle in internationalen Angelegenheiten...Kurzum, im Weltmasstab steigt der Trend zur Revolution weiter an, und die Situation entwicklet sich immer mehr in eine Richtung, welche für die Völker aller Länder günstig und für den Imperialismus und die reaktionären Kräfte aller Art ungünstig ist." (Yä Djiän-ying anlässlich des Besuchs einer Partei- und Regierungsdelegation Vietnams in der VR China am 11. Juni 1973).

Aus dem Inhalt

Landwirtschaft: Spielball der Monopolinteressen S.2
Unruhe bei Bauern in der Wesermarsch S.2
Kommunistische Gewerkschaftsarbeit: Interview mit einem BR ..S.3
Solidaritätsadresse Lippstadt ... S.4
"Der Dank des Vaterlandes" S.4
Spanien: Streikwelle in Navarra S.5
Gemeinsames Kommunique der KPD/ML und der PCE/ML ..S.5
Marsch der Zehntausende nach Kairo S.5
Antikriegs-Prozess: Hände weg von Genossen Haschemi! S.7
Vereinigung der KP Belgiens/ML S.7
Erstmalig in Westdeutschland: Shanghaier Artistengruppe S.8

Bänninger

Jetzt wird die Klassenjustiz geholt !

Im Verlauf des Kampfes bei Bänninger, wo für 60 Pfg Teuerungszulage gestreikt wurde, hatten zwei kommunistische Betriebsräte - wie wir bereits berichteten - Hausverbot bekommen und waren dann entlassen worden. Die Betriebsratsversammlung hatte allerdings der Kündigung widersprochen. Trotzdem sind beide bis heute nicht wieder eingestellt.

Nachdem einige reaktionäre Betriebsräte aus dem Urlaub zurückgekommen waren, hat die Geschäftsleitung noch einmal im Betriebsrat über die Entlassung abstimmen lassen. Diese illegale Massnahme, eine zweite Abstimmung herbeizuführen, begründeten sie damit, dass es "neue gewichtige Gründe" gäbe, die für eine Entlassung sprächen.



Unterschriftensammlung für die beiden entlassenen Betriebsräte bei Bänninger

Eine Broschüre der KPD/ML Giessen/Wetzlar war aufgetrieben worden, in der über die Kämpfe gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung berichtet wurde. Dort wurde festgestellt, dass auch der Streik bei Bänninger verbunden werden müsste mit dem Kampf für die Zerschlagung des kapitalistischen Ausbeutersystems und des kapitalistischen Staates. Kurzerhand präsentierten die reaktionären Betriebsräte die öffentlich verkaufte Broschüre als angebliches Geheimpapier der KPD/ML das den beiden kommunistischen Betriebsräten interne Anweisungen gäbe. Sie hätten den Auftrag gehabt, das Unternehmen Bänninger zu zerschlagen, den Arbeitsablauf zu stören, die Produktion stillzulegen und die Maschinen zu zerstören. Mit dieser unverschämten Hetze, Kommunisten zu Maschinenstürmern und Kriminellen zu stempeln, will die Bourgeoisie die beiden Betriebsräte vor die Klassenjustiz zerren, um sie für den Produktionsausfall während des Streiks verantwortlich und haftbar zu machen.

Bei ihrem Vorgehen bedienten sich die reaktionären Betriebsräte genau der Methoden und Tricks der Klassenjustiz. Einzelne Kollegen aus den Abteilungen sollten vernommen werden, ob sie bestätigen könnten, dass die beiden sie in diesem Sinne aufgehetzt oder wo" möglich gezwungen hätten. Während dieser "Verhöre" durften die beiden Betriebsräte nicht anwesend sein - obwohl dies ihr Recht ist. Die befragten Kollegen haben immer wieder betont, dass sie den beiden kommunistischen Betriebsräten nichts Schlechtes nachsagen könnten. Trotzdem hiess es nach den Vernehmungen: Seht ihr, jetzt ist alles bewiesen.

Daraufhin sagte ein Betriebsrat, angesichts der Kommunistenhetze, der nach wie vor für die beiden Rausgeworfenen eintrat: "Das ist doch wohl das Grösste, wenn das eine Rolle spielen soll, welcher Partei man angehört, Wenn das so ist, bin ich auch Kommunist."

Durch die Umbesetzung des Betriebsrats aber konnte die Geschäftsleitung ihren Kündigungsantrag durchsetzen. Bereits eine Stunde nach dieser Betriebsversammlung wurde den beiden Betriebsräten die Kündigung per Eilboten ins Haus gebracht.

Als die Kollegen bei Bänninger davon hörten, war die Empörung gross: "Wenn wir das gleich gewusst hätten, wären wir ganz anders gegen die Entlassung vorgegangen. Jetzt gibt es nur noch eines: Der Betriebsrat muss aufgelöst und neugewählt werden."

Bereits während des Kampfes um die Wiedereinstellung der beiden Betriebsräte waren ein spanischer und ein türkischer Arbeiter entlassen worden. Sie hatten sich während des Streiks ebenfalls als konsequenten Klassenkämpfer erwiesen. In Zusammenhang mit den Entlassungen wurden mehrere Aktionen durchgeführt. Vorm Betrieb wurde eine Unterschriftensammlung der Kollegen für die Wiedereinstellung organisiert. An der Universität Giessen führte der KSB/ML eine Solidaritätsveranstaltung durch, auf welcher unter grossem Beifall auch die beiden Betriebsräte sprachen. Einer der Arbeiter von Bänninger, die zu dieser Veranstaltung gekommen waren, stand auf und sagte: "Ja, Jungens, das müsst ihr Studenten euch merken: Alles immer unter der Führung von uns Arbeitern machen, das ist genau richtig."

Der Kampf um die Wiedereinstellung der beiden Betriebsräte geht weiter.

Interview mit den beiden Betriebsräten auf Seite 4

Neuer Anschlag der westdeutschen Justiz auf Ulrike Meinhof!

Generalbundesanwalt Martin hat angeordnet, daß bei Ulrike Meinhof im Gefängnis Köln-Ossendorf eine Szintigraphie durchgeführt wird. Dieser Eingriff ist auch gegen den Willen Ulrike Meinhofs, notfalls unter Anwendung von Gewalt und Narkose, durchzuführen

Szintigraphie ist eine Methode zur Feststellung von Gehirntumoren. Dazu werden radioaktive Isotopen ins Rückenmark gespritzt, die dann ins Gehirn gelangen, den Tumor umlagern und auf dem Röntgenschirm sichtbar machen. Dieser Eingriff darf nach bürgerlichem Gesetz nur mit Einverständnis des Betroffenen durchgeführt werden. **Über ihr Gesetz setzen sich die Justizbüttel der Bourgeoisie immer dann hinweg,** wenn es darum geht, einen Feind des westdeutschen Imperialismus zu unterdrücken, zu verleumden oder zu vernichten. Die Anwälte Ulrike Meinhofs haben gegen die Anordnung des Generalbundesanwalts Einspruch erhoben, dieser wurde am 13.7.73 vom Ermittlungsrichter beim Bundesgericht, Knoblich, verworfen, aber erst am 26.7.73, 13 Tage später, wurden die Anwälte darüber informiert.

Westdeutsche Imperialisten und sowjetische Sozialimperialisten – Hand in Hand

Der Eingriff, von der westdeutschen Justiz als 'nicht gesundheitsschädigend' hingestellt, führt zu radioaktiven Rückständen nicht nur im Gehirn und Rückenmark. Bei physisch und psychisch geschwächten Menschen ist er nicht nur gesundheitsschädigend, sondern lebensgefährlich, und Ulrike Meinhof ist durch monatelange Isolierhaft und andere Foltermethoden geschwächt. Die Verabreichung einer Narkose unter Zwang verdoppelt die Schädlichkeit des Eingriffs. Was hier an Ulrike Meinhof ausprobiert werden soll, knüpft an die medizinischen Versuche an Menschen in den Hitler-KZ's unmittelbar an. Was hier geplant wird, ist das Gleiche, wie es die sowjetischen Sozialimperialisten mit Oppositionellen in der Sowjetunion, insbesondere mit Marxisten-Leninisten tun, indem sie sie in Irrenhäusern isolieren. Nicht von ungefähr war es Klaus Rainer Röhl, der geschiedene Ehemann von Ulrike Meinhof, Herausgeber von 'Konkret', Millionär und verbissener Anhänger der D'K'P, der das Gerücht in die Welt setzte, Ulrike Meinhof leide an einem Gehirntumor. **Westdeutscher Imperialismus und sowjetischer Sozialimperialismus, Justizbüttel der Bourgeoisie und D'K'P-Revisionisten Hand in Hand,** weil sie um den Bestand ihres Schmarotzerdaseins bangen.

Ärzte als Büttel der Justiz

Ulrike Meinhof soll als immer schon verrückt verleumdet werden. Einige beamtete 'Sachverständige' in weissen Kitteln sollen das bewerkstelligen. In ihren Händen wird die ärztliche Wissenschaft zur modernen Foltermethode und zum Mittel der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung und Vernichtung von Menschen, die das faulende System des westdeutschen Imperialismus bekämpfen.

Verleumdung – die letzte Rettung

Mit dieser Verleumdung Ulrike Meinhofs geht einher die Absicht, aufgrund solcher 'medizinischer' Untersuchungen alle, die gegen den Kapitalismus, die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und gegen den westdeutschen Imperialismus und seine Kriegskomplotte kämpfen, als verrückt hinzustellen. Kommunisten und fortschrittliche Menschen sollen auf die kalte Tour ausgeschaltet werden, damit sich die Bourgeoisie um die politische Auseinandersetzung mit ihnen drücken kann, eine Auseinandersetzung, die für den westdeutschen Imperialismus mit einer Katastrophe enden muss.

Der Anschlag auf Ulrike Meinhof ist insbesondere ein Anschlag auf die Kommunisten, die KPD/ML, die Partei der Arbeiterklasse. Dieser Anschlag muss vereitelt werden!

Schaffen wir eine breite Solidaritätsbewegung für Ulrike Meinhof!

NIEDER MIT DEN 'ÄRZTLICHEN' FOLTERMETHODEN DER BÜRGERLICHEN JUSTIZBÜTTEL!

NIEDER MIT DER VERLEUMDUNG VON KOMMUNISTEN UND FORTSCHRITTLICHEN MENSCHEN!

TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Landwirtschaft - Spielball der Monopolinteressen

Die Teuerungswelle rollt. Die arbeitende Bevölkerung in der Bundesrepublik und Westberlin bekommt dies besonders deutlich an den steigenden Nahrungsmittelpreisen zu spüren.

Woran liegt das? Es liegt an der Beherrschung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Monopolverbände, insbesondere der Nahrungsmittelkonzerne, der chemischen Industrie und der Maschinenindustrie.

Ausdruck der kapitalistischen anarchischen Produktion in der Landwirtschaft ist, "dass etwa 80% der heutigen EWG-Agrarkosten durch die Überschussproduktion (Schätzung von Prof. Niehaus auf einem Bundestagshearing) verursacht werden." Diese 80% werden für die Subventionierung, Beseitigung und Verwaltung der erzeugten Butter-, Getreide- und Zuckerberge aufgewendet.

Versprechen sich die grossen Nahrungsmittelkonzerne von einem Produkt, z.B. Milch, grosse Profite (Büchsenmilch vor ein paar Jahren), so wird die Produktion auf diesem Sektor angekurbelt. Die Bauern werden mit Lieferverträgen erpresst, ihre Produktion auf Milchwirtschaft umzustellen, der Staat, das Instrument der Monopole, subventioniert dies (Grüner Plan). Da jedoch die verschiedenen Monopole in Konkurrenz zueinander liegen, kämpft jeder um grösseren Einfluss auf dem Markt für sein Produkt. Die Folge, es werden zu viel Milchprodukte erzeugt, der Markt ist übersättigt, die Butterberge wachsen. Die kleinen Bauern gehen ein.

Was hier am Beispiel Milch geschildert wird, hat sich ebenfalls abgespielt bei Obst, Gemüse und Zucker, das zeigt sich heute in seinen Anfängen bei Kartoffeln und Fleisch.

Schlacht um das Fleisch

Gerade in der Fleischerzeugung hat die Konkurrenzschlacht deutlich sichtbar internationale Ausmasse angenommen. Angesichts der international verschärften Konkurrenz auf dem Fleischmarkt sind die Preise der eiweisshaltigen Futtermittel (Grundelement der schnellen Aufzucht von Mastvieh) ungeheuer gestiegen.

"Die Verteuerung...die im Vergleich Juli 73 zu Juni 72 bei Fischmehl 184%, bei Tiermehl 181%, bei Sojaschrot 306%, bei Rapsschrot 179% und bei Kokosexpeller 57% ausmachte..." (Süd. Zeit. 20. Juli). Die BRD Fleischerzeugung ist damit zu 60% von Importen abhängig.

Die Nachfrage nach Eiweissfutter hat sich auf dem Weltmarkt weiter erhöht. In Peru blieben die Fischschwärme dieses Jahr aus, was auf den bisherigen Raubbau zurückzuführen ist, ein weiterer Grund auch dafür, warum der Kampf um die isländischen Fischereizonen so erbittert geführt wird.

In dieser Situation nutzen die USA ihr Monopol aus, das sie bei Sojabohnen und Sojaschrot auf dem Weltmarkt besitzen. Soja ist der einzige zur Zeit mögliche Ersatz für Fischmehl und das bereits bedeutendste eiweisshaltige Futtermittel. Die USA, in deren Händen 75% der Sojaproduktion liegen und die 95% des Exports kontrollieren, (Brasiliens Anteil von 15% liegt in der Hand von US-Monopolen, nur die Sojaproduktion von 15% der VR China wird nicht von den USA beherrscht), versuchen heute mittels ihres Monopols an Eiweissfutter den gesamten Weltmarkt bei der Fleischerzeugung unter ihre Kontrolle zu bekommen. Das steckt hinter den Massnahmen der Nixonregierung, die jede Zufuhr von Sojafutter, wie auch aller anderen eiweisshaltigen Ersatzfuttermittel, untersagt.

Statt Fleischboykott - revolutionärer Klassenkampf:

Die westdeutschen Konzerne sind dabei in einer schlechten Ausgangslage. "Die Bundesrepublik führte bisher jährlich 500 000 t Fischmehl, davon 70% aus Peru, 2,2 t Sojabohnen, davon 91% aus den USA und 1,4 Mill t Sojaschrot, davon 57% aus den USA ein." (Süd. Zeit. vom 20. Juli)

Um so schärfer treten sie jetzt in die Pedale. Entschlosseneres Auftreten in der Europäischen Gemeinschaft, noch grössere Subventionen für die Nahrungsmittelmonopole, für die Grossen in der Landwirtschaft sind die Aufgaben des Staates dabei.

Und während die Regierung für das Kapital die Steuergelder eintreibt, hat sie für die Bevölkerung, für die Fleisch bald wieder zu den Luxusartikeln gehört, die zynische Parole vom Fleischboykott ausgegeben.

Für den Verbraucher, die arbeitende Bevölkerung in der Bundesrepublik bedeutet dies eine astronomische Verteuerung der Fleischpreise. Der Wirtschaftskampf der Lebensmittelgiganten Europas und der USA muss von der arbeitenden Bevölkerung bezahlt werden.

Aber nicht nur die Lebensmittelkonzerne sind in diesen Konkurrenzkampf verwickelt, das Interesse am Agrarsektor ist bedeutend grösser. Die Südd. Zeitung schreibt am 30. Juni: "Das gleiche gilt für die chemische Industrie, bei der jedoch ein starkes wirtschaftliches Interesse einerseits und grosse Einflussmöglichkeiten andererseits hinzukommen. Die Verflechtung der Düngemittel und Biozide produzierenden Industrie mit den landwirtschaftlichen Beratungsämtern und Forschungsanstalten sind derart innig, dass vielfach Interesse und objektive Belange nicht mehr klar voneinander zu trennen sind. Immerhin bezahlte die deutsche Landwirtschaft 1970 über 300 Millionen Mark für Biozide und fast 2,4 Milliarden Mark für Düngemittel. Auch die Maschinenindustrie kämpft um einen Markt von fast 3 Milliarden Mark.

Die chemische Industrie hat auch schon die neue Marktlücke auf dem Futtermarkt entdeckt. Gelsenberg (Pfeiler des neuen deutschen Ölmomopols), Hoechst, aber auch die BP, sowie französische und japanische Chemieindustrie sind dabei, eiweisshaltige Futtermittel aus Erdöl zu entwickeln.

Völlig verschwunden sind angesichts des Kampfes um den Markt die grossen Versprechungen von der 'gemeinsamen Forschung zur Verbesserung der Welternährungslage'. Jedes Monopol versucht das andere auszustechen, um das gewinnversprechende Produkt als erster auf den Weltmarkt werfen zu können. Die Zusammenarbeit der westdeutschen Konzerne Hoechst und Gelsenberg geht gerade soweit, wie es sich um das gemeinsame Einstreichen von Millionen Bundesmitteln dreht.

Vernichtung von Produktivkraft, Zerstörung von Nahrungsmitteln, Ruinierung von Kleinproduzenten, das ist das Gesicht des erbitterten Konkurrenz- und Machtkampfes der Monopole.

Eine wirtschaftliche Entwicklung, die frei ist von Teuerung, von der heute wieder zunehmenden Angst vor dem Morgen, ist durch kein Stabilitätsprogramm einer bürgerlichen Regierung zu sichern. Sie kann allein garantiert werden, wenn die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei den Staat, dessen Gesetze, dessen Polizei und Militär die Herrschaft der Monopole sichern, zerschlägt und an seiner Stelle die bewaffnete politische Macht der Arbeiterklasse errichtet.

Unruhe bei den Bauern in der Wesermarsc

Im Landkreis Wesermarsch (Unterweser) fängt es unter den Bauern an zu gären. Die Bauern, die im wesentlichen nur Grünlandbetriebe haben (Durchschnittsgrösse ca. 18 - 20 ha), sind auf die Erlöse aus ihrer Milch- und Fleischwirtschaft angewiesen. Beides wird zu einem grossen Teil aus Kraftfutter erzeugt (bei Milch zu 65%, be Fleisch zu 20%). Doch die Verknappung von Kraftfutter, besonders durch den amerikanischen Lieferstopp, hat das Kraftfutter wesentlich teurer gemacht. So stieg Mischviehfutter von 38 DM je 100 kg auf 76 DM.

Gleichzeitig sitzen die Wesermarschbauern auf fast 10 000 Schlachtrindern fest. Die Viehhändler weigern sich auf Grund des rapiden Preisverfalls, überhaupt noch zu kaufen. Innerhalb von einem halben Jahr sind Schlachtviehpreise von 4,20 DM je kg Lebendgewicht auf 3,30 DM abgerutscht.

Jeder kann sich vorstellen, was sich aus diesen Tatsachen für die Situation speziell der Grünlandbauern ergibt. Nach Werten des KTBL-Taschenbuchs vom Landwirtschaftsverlag Hiltrup hier folgende Rechnung:

Jährliche Milcherzeugung 100 000kg davon 1/5 aus Kraftfutter (1kg Krf. - 2,5 kg Milch)

Einkommensverlust	900 DM

Jährliche Fleischerzeugung 6000kg davon 1/5 aus Kraftfutter (1kg Krf. - 9,6 kg Fleisch)

Einkommensverlust	760 DM

Verlust aus Schlachtviehpreisverfall pro Kilo 0,90 DM (Jährlich 6000 x 0,90 DM)

Einkommensverlust	5 400 DM
geschätzte Einbusse bei Zuchtvieh	1 000 DM
Insgesamt Verlust	8 060 DM

Bei diesem Einkommensverlust von 8 060,– DM sind die allgemeinen Preissteigerungen noch nicht mit einbezogen, weder die bei Kraftfutter fürs Vieh, noch die bei Landmaschinen (12%). Die Bauernfamilie, auf die sich obiges Beispiel bezieht, hatte vorher 16 000 DM zum Leben, dabei ist zu bedenken, dass dieser Beispielbetrieb noch im oberen Zehntel der Wirtschaftlichkeit aller Bauernbetriebe liegt.

Die Bauern werden unruhiger das merken auch die Bonzen vo Kreislandvolkverband (Kreisorga nisation des Deutschen Bauernve bandes). Bittelegramme an Erte reichen schon nicht mehr aus, u Dampf abzulassen, um die Sach noch in der Hand zu behalte bleibt dem DBV wohl nichts ande res übrig, als noch "radikalere" Töne anzuschlagen. Ob es ihm d mit gelingt, voraussehbare Demo strationen ins rechte Fahrwasse zu führen, wird mit von uns Baue abhängen, die hier in der Wese marsch mit dem Kommunismus sy pathisieren.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 1 Postfach 36 07, Bestellungen an V trieb: 87 Würzburg, Postfach 61

Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 435 (G. Schubert).

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Au Hamburg. Druck: NAV GmbH, 1Ber 36. Erscheinungsweise: Wöchentl samstags. Einzelpreis: 50 Pfenn Abonnement: 25,– DM für ein J (52 Ausgaben). Das Abonnement für ein Jahr im Voraus durch Überv sung auf unser obenstehendes Ko zu zahlen. Abonnements verläng sich automatisch, wenn sie nicht ei Monat vor Ablauf der Frist gekünd werden. Ausgenommen davon sind schenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit

Interview
mit einem kommunistischen Betriebsrat von Bänninger / Gießen

RM: Unsere Leser haben bereits erfahren, dass ihr aus dem Betrieb geflogen seid, weil ihr kommunistische Politik gemacht habt. Was aber noch wichtiger ist – wir haben ja heute erst sehr wenige kommunistische Betriebsräte und Vertrauensleute – Wie arbeiten kommunistische Betriebsräte? Welche Erfahrungen habt ihr als kommunistische Gewerkschafter in einem relativ kleinen Betrieb gesammelt?

BR: Wir haben vor rund einem Jahr die Liste 2 aufgestellt. Das war genau die richtige Antwort auf den Verrat, der da jahrelang gelaufen war. **Es war gut, dass wir als Kommunisten bekannt waren. Unsere Liste wurde damals von der Betriebsleitung und den Gewerkschaftsbonzen als kommunistische Liste 'verschrien'. Das hat aber nicht zu einer Niederlage geführt, sondern im Gegenteil dazu, dass wir und die Partei mit der Zeit immer mehr Ansehen und auch Einfluss in der Belegschaft gefunden haben. Wir haben nie verhehlt, dass wir Kommunisten sind, und haben immer klar gesagt, dass mehr als der Tageskampf geführt werden muss, um mit Ausbeutung und Unterdrückung endgültig Schluss zu machen. Die Kollegen haben auch gesehen, dass wir dabei in allen Tagesfragen eng an ihrer Seite stehen.**



Und wenn man dann gesagt hat, es geht darum, die Kommunistische Partei zu unterstützen, und sich dazu zu organisieren, so wurde gesagt: Im Kleinen hat er es ja schon gezeigt, ganz klar, dass er im Grossen auch weiss, was er will und dass wir genau da hinmarschieren müssen. Das hört man auch vorm Betrieb. Wenn einige sagen: Na gut, was die gemacht haben, aber die sind doch oft übers Ziel hinausgeschossen, dann meinen die anderen: **Lass man, die wissen genau, was sie wollen und die wissen auch, wo wir längsgehen müssen.**

Früher gab es noch mehr Stimmen, die gesagt haben, wenn man von Politik anfing: Das gehört doch nicht mehr zum Betrieb. Aber das hat sich inzwischen geändert. Als wir die Liste aufstellten, haben wir unsere Flugblätter sogar im Betrieb verteilt. Da haben die Kollegen uns unterstützt gegen die Angriffe der Geschäftsleitung. Sie sagten: Erstens darf vorne beim Pförtner die Bildzeitung verteilt werden, da wird also auch massiv Politik und Propaganda gemacht und zweitens können die IG-Metall-Funktionäre ihre Metallzeitung während der Arbeitszeit verkaufen. Warum sollen nicht die Kommunisten und die von der Liste 2 ebenfalls ihre Blätter und Zeitungen im Betrieb verkaufen? Wenn die eine Politik reingehört, gehört die andere auch rein!

RM: Die Partei hat zum 1.Mai die Parole gegeben: **"Gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung – Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf!"** Unter dieser Parole habt ihr den Kampf im Betrieb geführt. Die Revisionisten dagegen sagen, dass die Arbeiterklasse den revolutionären Kampf gar nicht führen will und dass wir mit dieser Parole isoliert als Sektierer dastehen. Wie hat sich bei eurer Arbeit diese Losung bestätigt?

BR: Mit dieser Parole haben wir den Kampf erfolgreich vorangetrieben. Die Arbeitshetze, den Lohnraub, all das, was wir täglich im Betrieb zu spüren bekommen. sind gesetzmässige Erscheinungen des Kapitalismus. Das müssen wir zeigen – und dass deshalb der Kampf gegen das ganze System geführt werden muss. Das haben wir gemacht und damit konnten wir die Partei und die kommunistische Sache unter den Kollegen mehr verankern.

Die Forderung: "Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf" trifft genau die reale Kampfsituation. Nicht nur bei uns, sondern überall, z.B. bei John Deere in Mannheim merken die Kollegen, dass, wenn der Kampf um Lohnerhöhung geführt wird, die Kapitalisten mit ihrem Staatsapparat und ihren Bütteln gleich dabei sind. Sei es, dass politische Entlassungen oder Schikanen im Betrieb erfolgen, sei es, dass sie versuchen, mit dem RVG einzuschreiten. Oder nehmen wir das Einwirken der Gewerkschaftsbonzen, die versuchen, die Arbeiter auf den Stabilitätskurs der SPD-Regierung zu führen – das alles sind politische Massnahmen der Bourgeoisie. Und die Kollegen sehen, dass da ein Zusammenhang besteht. Einfach schon aus den Kampferfahrungen, die sie machen, wenn sie aufstehen und Widerstand leisten. Da wird nämlich sofort von der Bourgeoisie der Terror verschärft und es wird ihnen klar, dass der Kampf auch politisch geführt werden muss.

RM: Das zeigt, dass die Arbeiter von uns fordern, die Machenschaften und Ziele des westdeutschen Imperialismus aufzudecken und zu zeigen, wie der revolutionäre Kampf dagegen unter der Führung der Kommunistischen Partei geführt werden muss.

BR: Ja, es hat sich gezeigt, dass wir noch vielmehr als bisher wichtige politische Kämpfe wie Antikriegstag, Ausländergesetze, Vietnam usw. verbinden müssen mit der Politik im Betrieb.

Und da muss man drauf beharren, auch wenn man am Anfang auf Unverständnis stösst. Als wir aus München vom Antikriegstag in den Betrieb zurückkehrten, sagten die Kollegen: "Mensch, was habt ihr



denn da gemacht." Da muss man das dann immer wieder diskutieren. Wir müssen klar sehen, dass uns das im Augenblick noch öfter passieren wird, dass wir Kommunisten einen drauf kriegen, wenn wir heute was sagen, weil das noch nicht alle Kollegen einsehen. Aber eines Tages, und wenn es erst in einigen Jahren ist, werden die Kollegen sagen: "Siehste, das haben die schon damals gesagt, die hatten recht, denen werden wir folgen." **Und deshalb gibt es da nichts: Wir müssen als Kommunisten ohne Abstriche und prinzipienfest auftreten.**

RM: Die Revisionisten dagegen verzichten völlig auf die Prinzipien. Statt den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus zu führen, jrbeln sie, dieser sei friedlich. Statt die Arbeiter zum Kampf gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker zu führen, sabotieren sie diesen Kampf, wo immer sie können. Selbst im Tageskampf suchen sie, mit viel fortschrittlichem Getue umhüllt, den Kampf der Arbeiter zu desorganisieren und zu schwächen, um so der Bourgeoisie Agentendienste zu leisten. Selbst Kollegen, die sich nicht viel um Politik kümmern, erkennen das in den Tageskämpfen.

BR: Auch bei uns hat sich gezeigt, dass sie die Sache ganz übel spalten wollten. Diejenigen Kollegen, die im Vertrauensleutekörper kämpfen wollten, auf die hat die D'K'P Einfluss zu nehmen versucht, ohne dass es ihnen selbst klar war. So versuchte sie, einige Kollegen zu überreden, spontan und unvorbereitet loszuschlagen. So wollten sie die Kollegen verheizen, um den Streik schnell wieder abzuwürgen. Wir müssen klarmachen, dass so etwas kein Zufall ist, sondern dass dahinter die ganze falsche und verräterische Politik der D'K'P steht. **Wir müssen von vorneherein die Kollegen wappnen, damit sie diesem Weg der Revisionisten nicht folgen.**

RM: Kommunistische Gewerkschaftsarbeit heisst vor allem, in den Gewerkschaften die Mitglieder für den revolutionären gewerkschaftlichen Kampf zu gewinnen und sie an die Partei heranzuführen im Kampf gegen Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung. Dazu müssen wir aber auch in den entsprechenden Organen der Gewerkschaft arbeiten und auch im Betriebsrat und im VLK Fronten aufreissen und fortschrittliche Gewerkschafter gewinnen.

BR: Ich meine, dass wir noch erfolgreicher gewesen wären, wenn wir das früher kapiert hätten. Da muss man klar sehen, dass wir am Anfang Fehler gemacht haben. Und auch im Streik selber sind noch taktische Fehler in der Hinsicht gemacht worden. Als wir die Liste 2 aufstellten, waren von uns auch zwei Gewerkschaftsmitglieder drauf. Die hätten die Möglichkeit gehabt, auf der Gewerkschaftsliste zu kandidieren und über die Gewerkschaft auch in den VLK hineinzukommen. Das war damals noch so ein Fehler bei uns im Betrieb, die Gewerkschaft insgesamt als Feind zu sehen, anstatt dass man an der Basis arbeiten kann und muss. Trotz dieser Fehler aber haben wir immer konsequent gegen den Verrat der Gewerkschaftsführer gekämpft, so dass die Kollegen heute sehen, dass wir entschieden ihre Interessen gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung vertreten. Durch Beseitigung dieser Fehler haben wir jetzt auch einen Einbruch im VLK geschafft. Auch im VLK macht sich eine gewerkschaftsoppositionelle Bewegung breit. In diese Bewegung müssen wir eingreifen. Unser Fehler bei der GO-Arbeit ist es gewesen, dass wir z.T. von aussen versuchten, diese GO zu organisieren oder zu initiieren. **Unsere Aufgabe aber ist es, in die Bewegung, die immer stärker wird, die ganze Streiks selber initiiert gegen die Gewerkschaftsführung, einzugreifen und auf die richtige Linie zu bringen und straff oppositionell zu organisieren.**



RATIONALISIERUNG AUF DEM BAU!

Die Baufima Mauss aus Erlangen hat ihre Maurer und Hilfsarbeiter einer verstärkten Leistungskontrolle unterworfen. Dafür wurde extra ein Bürokrat vom sog. 'Bundesausschuss- Lohnleistungsamt' aus Mannheim herbeigeholt. Einige Tage lang hat er sämtliche Arbeiter, Kolonne nach Kolonne, Maurer nach Maurer, mit der Stoppuhr verfolgt. Auf mehreren Papieren wurde jeder einzelne Arbeitsgang, wie z.B. Steine setzen, Mörtel aufgeben oder Gerüst bauen, bis zur letzten Einzelheit geschildert und aufgeschrieben und die dazu benötigte Zeit notiert. Aber wir Arbeiter mögen das nicht. Wir wissen genau, was das bedeutet. Mit dieser Leistungskontrolle wollen uns die Baubosse unter Druck setzen, damit wir noch mehr und noch schneller arbeiten. Und wenn wir nicht so schnell arbeiten können, wie sich das die Baubosse und ihre Handlanger ausgedacht haben, oder auch nicht mehr wollen, dann wird z.B. bei unseren ausländischen Kollegen das Rotationsprinzip angewendet oder wir werden einfach entlassen. Gegen diese Rationalisierungsmassnahmen auf dem Bau müssen wir uns wehren!

*****

Der Betrieb Anker Bielefeld, an dem die Betriebszeitung 'Roter Anker' von der KPD/ML und der Roten Garde erscheint, beutet Kollegen in den Oststaaten aus.

Im vergangenen Jahr wurden für 14,5 Millionen Ankerkassen in den Oststaaten abgesetzt. In einer von der Betriebsleitung herausgegebenen Zeitschrift war zu lesen:

> 'Eine frühzeitig begonnene Kooperation hat es uns ermöglicht, in mehreren dieser Länder eine Vorrangstellung für unsere Registrierkassen zu gewinnen. In den Oststaaten besteht noch ein ungeheurer Nachholbedarf für die nächsten Jahre, den wir gerade jetzt brauchen, wo in verschiedenen anderen Ländern infolge des Vordringens elektrischer Maschinen die Absatzmöglichkeiten für mechanische Kassen zurückgehen.'

Hier zeigt sich deutlich, welchen Zweck die Ostgeschäfte haben. Billige Produkte, die hier nicht mehr gekauft werden, sollen dort für hohe Preise verkauft werden.

Zur Kooperation mit dem Osten schreiben die Anker-Bosse weiter:

> ' Sie ermöglicht es nicht nur, infolge des dort niedrigen Lohnniveaus einige Modelle, die besonders unter Preisdruck stehen, günstiger auf den Markt zu bringen,.... sondern hat uns auch den Vorsprung verschafft, den wir auf diese Weise beim Absatz unserer Produkte in einigen dieser Länder vor anderen Wettbewerbern gewinnen konnten.'

Den Anker-Kapitalisten reicht es schon lange nicht mehr, die Arbeiter im eigenen Land auszubeuten. Wenn es um Profite geht, sind sie sogar bereit, auf dem Mond zu produzieren.

Hier zeigt sich aber auch deutlich der Verrat der Revisionisten in den Oststaaten, die zulassen, ja sogar fördern, dass die Arbeiter in ihrem Land vom westdeutschen Imperialismus ausgebeutet werden.

Die Betriebszelle der KPD/ML und der Roten Garde wird den Kampf gegen diese Ausbeutung aufnehmen und damit den Kampf der Kollegen in den Oststaaten gegen ihre neuen Ausbeuter unterstützen.

ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

* * * * * * * * *



Solidarität mit den Kollegen der Hella - Werke / Lippstadt

Liebe Kollegen!

Der 'Rote-Morgen-Leserkreis' der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten in Kiel sendet euch herzliche Solidaritätsgrüsse für eure berechtigten Forderungen nach einer Teuerungszulage von 50 Pfennig pro Stunde.

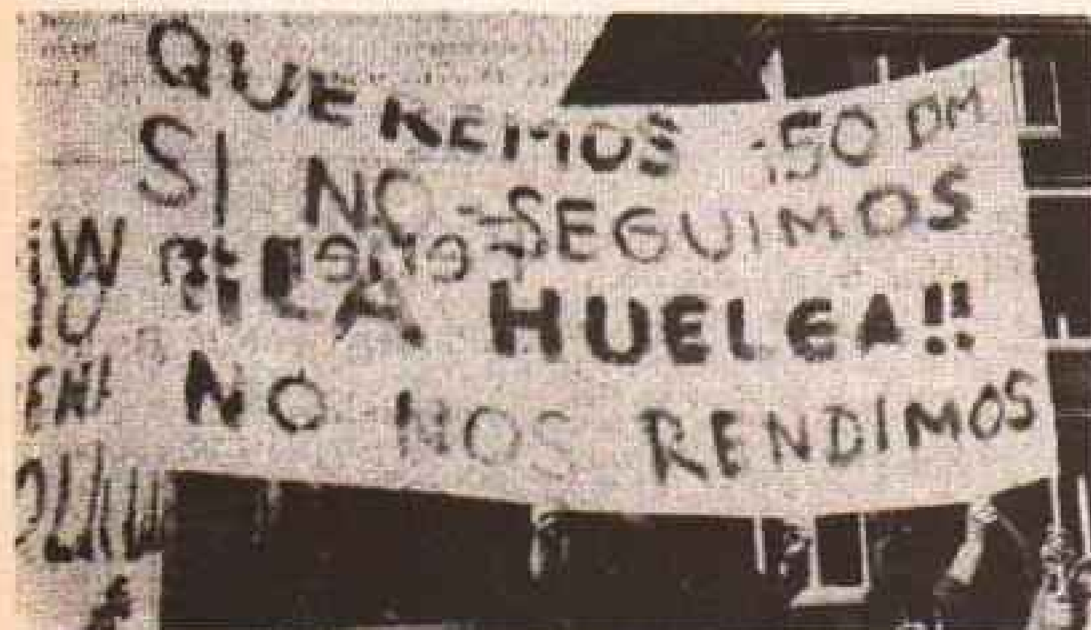
Die Front in den Betrieben der Bundesrepublik schliesst sich gegen die zunehmende Teuerung. Bei der letzten Tarifrunde sollten die Metall- und Stahlarbeiter mit dem Lohnraubabschluss von 8 % ihren Beitrag zur 'Stabilität' leisten. Jetzt ist die Inflation da. - Trotzdem! Umso grösser und berechtigter ist die Empörung unter den Arbeitern.

In der Tagespresse war auch von Eurem Streik zu lesen. Die bürgerlichen Meinungsmacher versuchten, den Kampf so darzustellen, als ginge er nur von den ' bösen Ausländern' aus. Wir aber wissen, was wir von diesen Nachrichten zu halten haben. Natürlich versuchen die Kapitalisten zwischen ausländische und deutsche Arbeiter einen Keil zu treiben. Lasst Euch das nicht gefallen!

Ebenso lasst Euch nicht einlullen von den Bonzen des DGB und den Arbeiterverrätern der D' K'P, die Euch mit Kompromissen abspeisen wollen. Nehmt Eure Sache selbst in die Hand! Nur auf die eigene Kraft gestützt, werdet Ihr Eure Forderungen erfolgreich durchsetzen.

DEUTSCHE ARBEITER, AUSLÄNDISCHE ARBEITER: EINE KAMPFFRONT!

ARBEITER, LEST DEN ROTEN MORGEN, DAS ZENTRALORGAN DER KPD ML!



Keine Änderung zunächst in den Forderungen: „Wir fordern 50 Pf, wenn nicht, setzen wir den Streik fort. Wir geben nicht auf."

Gegen die Spaltung der Arbeiterjugend

Genossen,

auf Grund des zunehmenden Widerstands auch gerade der Arbeiterjugend sind innerhalb eines Jahres ca. 400 Jugendvertreter, die sich für die Interessen ihrer Kollegen eingesetzt haben, nicht weiterbeschäftigt, auf deutsch: gefeuert worden. Allein bei uns in Hamburg sind in letzter Zeit mehr als 10 klassenkämpferische Jugendvertreter geflogen: Bei Blohm & Voss allein drei, bei der Post zwei.

Nun treten DGB-Jugend und 'SDAJ' auf den Plan. Ziel ihres Einsatzes ist, die aufkommende Empörung in die falsche Richtung zu lenken. Mit Bittschriften an den Bundestag soll ein Gesetz für absoluten Kündigungsschutz von Jugendvertretern durchgedrückt werden. Die 'SDAJ' unterstützt die Aktion des DGB "Von den Kollegen gewählt – von den Bossen gefeuert" mit ihrer Aktion 'Roter Kuckuck'. Alles, was schlecht ist, kriegt einen roten Kuckuck aufgeklebt, und die Kraft dieses Kuckucks macht dann alles neu. Dieses Kuckucksei lassen wir uns nicht ins Nest legen.

Der Kampf gegen die politische Unterdrückung der Arbeiterjugend muss revolutionär geführt werden. Auf Protestversammlungen müssen Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung als Feinde entlarvt werden. Mit Demonstrationen und Streiks muss für die Durchsetzung der Forderung gekämpft werden. Dabei kann das Ziel nicht das Gesetz allein sein. Das Gesetz ist soviel wert, wie wir stark sind. Das Entscheidende für uns ist, die Kampfkraft, die Einheit und das Bewusstsein der Arbeiterjugend zu stärken, sie unter der Führung der Roten Garde zusammenzuschliessen.

Die Revisionisten aber tun genau das Gegenteil. Sie fordern uns auf, auf das BVG zu vertrauen, das nur eine Lücke habe, nämlich den fehlenden Kündigungsschutz für Jugendvertreter. Das ist eine Lüge.
Das BVG ist mit seiner Friedens- und Schweigepflicht insgesamt ein Gesetz gegen die Arbeiterklasse. Da gilt es keine Lücken zu schliessen. Das BVG muss bekämpft werden. Diesen Kampf müssen Arbeiterjugendliche und ältere Kollegen Hand in Hand führen.

Ausserdem muss die Rote Garde den Kampf der Studenten und Schüler gegen die politische Unterdrückung an Schule und Universität mit dem Kampf der Arbeiterjugend und der ganzen Klasse gegen das BVG verbinden. In diesem Kampf muss die bewaffnete Revolution, der Sozialismus propagiert werden, der uns allein ein wirklich freies und herrliches Leben ermöglicht...

P.S. DGB und 'SDAJ' fordern auch den Schutz von Jugendvertretern nach ihrer Lehrzeit vor Einziehung zur Bundeswehr. Das erscheint uns Laufbahnkarrierismus zu sein. Wir können es aber nicht weiter begründen.

RM-Redaktion:
Es ist ein altes Mittel der Bourgeoisie, unliebsame, politisch aktive Jugendliche zur Armee zu holen, den anderen Jugendlichen so die Führung zu rauben und die politisch Aktiven selbst in der Armee 'fertigzumachen'. So ist die deutsche Bourgeoisie gegen den grossen Führer der Arbeiterjugend, Karl Liebknecht und tausend andere vorgegangen, so haben erst in letzter Zeit zum Beispiel die Faschisten in Griechenland rebellierende Studenten strafweise in die Armee eingezogen.

Prinzipiell ist es also nicht falsch, eine solche Forderung aufzustellen. Sie darf aber auf gar keinen Fall auf die Lehrlinge beschränkt bleiben, sie muss für Jungarbeiter und Lehrlinge gelten. Nicht zwischen ihnen darf ein Trennungsstrich gezogen werden – unterschieden werden muss zwischen Jugendvertretern, die sich für ihre Klassengenossen einsetzen und denen, die ihnen in den Rücken fallen.

Und hier wird sich auch zeigen, wie verlogen das Versprechen von DGB-Jugend-Führung und Revisionisten ist. Denn wer für das Betriebsfriedensgesetz ist, der wird sich nicht dafür einsetzen, dass Arbeiterjugendliche die wirklich revolutionär oder kommunistisch arbeiten, im Betrieb bleiben. Das haben die D'K'P-Führer auch schon hinreichend bewiesen. Was sie wollen, ist tatsächlich, bestimmten Jugendvertretern die Karriere sichern und vor dem 'unbequemen' Soldatenleben bewahren.

Daneben verfolgen sie mit der Propagierung dieser Forderung noch den Zweck, Illusionen über den Kampf gegen den Militarismus zu schüren.
Der Kampf gegen die wachsende Militarisierung der Gesellschaft und die zunehmenden Kriegsvorbereitungen ist aber nicht so zu führen, dass wir nach und nach immer weitere Teile kämpferischer Jugendlicher aus der Armee fernhalten, sondern indem wir in der Armee die Losung: Im Ernstfall, dreht die Gewehre um! propagieren und die Arbeiterjugend in Betrieb und Bundeswehr unter der Losung: Krieg dem imperialistischen Krieg! zum gemeinsamen Kampf erziehen und organisieren.



" Der Dank des Vaterlandes "

Liebe Genossen!

Ein Kollege und seine Frau baten mich, folgenden Bericht an Euch zu schreiben mit der Bitte, ihn im Roten Morgen abzudrucken, damit alle Leser sehen, welche Gauner und Betrüger bei uns im Staat die Macht in der Hand haben:

1964/65 leistete der Kollege bei der Bundeswehr seinen Dienst ab. Dort erlitt er bei Sportübungen eine schwere Verletzung am Kniegelenk. Am schwarzen Brett war vorher angekündigt gewesen, wegen Frostgefahr sei der Sport verboten. Aber was kümmerte das den Hauptmann? Er hetzte die Mannschaft trotzdem zum Üben.

Im Sanitätsgebäude der Bundeswehr wurde – husch, husch – ohne Röntgen, eine Sehnenzerrung festgestellt. Erst 2 Tage später kam der Kollege mit heftigen Schmerzen in ein Krankenhaus. Es stellte sich heraus, dass er einen Schienbeinkopfbruch hatte.

Nach mehreren Wochen Krankenhausaufenthalt reichte er die schriftliche Beschwerde bei der Bundeswehr ein. Im Krankenhaus hatte man ihm kein Schreibpapier gegeben, und der Hauptmann hatte den Unfall nicht einmal gemeldet. Die Beschwerde wurde mit folgender Begründung abgelehnt: dass er sich an die falsche Dienststelle gewandt habe. Ausserdem sei seine Beschwerde einige Stunden (!) zu spät gekommen. Statt einer angemessenen Entschädigung bekam er den Bescheid, dass er seine 18 Monate zuende absolvieren müsse. Er wurde auch wieder zu Geländeübungen eingesetzt, wobei er oft vor Schmerzen zusammenbrach.



Nach der Bundeswehrzeit ging es dann erst richtig los: Der Kollege wurde immer wieder krank geschrieben und bekam dann bald darauf sein Kündigungsschreiben. Oft hat er seine Verletzung verheimlicht, damit er überhaupt eine Arbeit bekam. So hat er seit 1965 27mal die Arbeitsstelle wechseln müssen. Oft wusste er nicht, wovon er seine Frau und drei Kinder ernähren sollte.

Die Empörung wuchs und damit der Kampfwille.

Dauernde Beschwerdebriefe an die Bundeswehr erreichten schliesslich 1970, dass der Kollege einen Ausweis bekam, in dem ihm 30% Schwerbeschädigung zuerkannt wurde. (Das Gesundheitsamt hatte ihm bereits 50% bestätigt). Dieser Ausweis wird ihm unverschämterweise wieder sofort entzogen, sobald sein Verdienst etwas über 900 DM beträgt.

Beim Landesversorgungsamt stellte er immer wieder Verschlimmerungsanträge, um Rente zu bekommen. Aber erst 1971 erhielt er schliesslich 64 DM, die jetzt um 10 DM erhöht wurde. Diese gemästeten Herren, die bei uns das Sagen haben, interessiert natürlich überhaupt nicht, wie man von den kümmerlichen Pfennigen eine 5-köpfige Familie ernähren soll!

Als letzter Ausweg blieb nur noch die Fürsorge. Aber auch hier wieder, langer zäher Kampf, bis ihm die Fürsorge den Lebensunterhalt zahlte. Jetzt meldete sich auch die Ortskrankenkasse: der Kollege habe die Rente beantragt, also müsse er auch seinen monatlichen Versicherungsbeitrag in Höhe von 96,53 DM selbst tragen. Seit dem letzten Monat zahlt die Kasse keinen Pfennig mehr!

Für eine unglaubliche Sauerei sorgte noch einmal die Bundeswehr. Sie drohte dem Kollegen 1000 DM Strafe an, weil er sich nach einem Umzug nicht innerhalb einer Woche umgemeldet hatte.

Einige Ärzte mischten bei diesem schmutzigen Spiel auch mit. Nicht genug damit, dass sie den Unfall beschönigten und dem Kollegen die ' Heilung' bescheinigten. Als er als Pfleger im Unfallkrankenhaus arbeitete, erlitt er wieder einen Unfall, diesmal am Meniskus. Obwohl er Zeugen dafür hatte, bekam er für diesen Unfall wieder keine Entschädigung, denn die Ärzte ' übersahen' die neue Verletzung ganz einfach, und führten sie auf den früheren Unfall zurück.

Acht Jahre lang kämpft dieser Kollege zusammen mit seiner Frau um die nackte Existenz!

Acht Jahre lang immer wieder Beschwerdeschreiben, immer wieder vergebliche Wege von einer Behörde zur anderen. Diese Familie hat die Bürokratie, die vor ihren stinkreichen Brötchengebern buckelt und ganz in ihren Diensten steht, den Werktätigen aber sogar die letzten Existenzmöglichkeiten raubt, zum Erbrechen satt. Sie hat gelernt, dass dieser Staat ein Instrument der herrschenden Klasse ist und zu nichts anderem dient, als dazu, die werktätige Bevölkerung zu unterdrücken und bis aufs Blut auszupressen. Sie hat gelernt, diese verfaulte kapitalistische Gesellschaftsordnung zu hassen und beginnt zu erkennen, dass nur der Sozialismus den Menschen ein sicheres und geordnetes Leben garantieren kann.

Rotfront!

Genossin aus Duisburg

Revisionistisches

Revisionisten für Aufrüstung

In der UZ erschien vor kurzem ein Artikel unter dem Titel: Jede dritte Mark für die Rüstung. Der Artikel geht darauf ein, dass der neue Haushalt der Bundesregierung ein weiterer Beweis dafür ist, dass sie aus den Steuergeldern der Werktätigen, die Rüstung immer mehr vorantreibt.

Bisher haben die modernen Revisionisten den werktätigen Massen immer noch **versprochen**, dass sie dieser Politik der Kriegsvorbereitung einen Riegel vorschieben wollen. "Runter mit der Rüstung!" war ihre Forderung. Jetzt nichts mehr davon. Die einzige Forderung der D'K'P angesichts des Rüstungshaushalts ist, das Grosskapital stärker zu besteuern. Das aber kann man nicht anders verstehen, als dass die D'K'P ihren Frieden mit der Bundeswehr, ihren Frieden mit dem imperialistischen Staat jetzt völlig offen macht. Von da aber ist der Schritt nicht mehr weit zur offenen Propaganda für die Bundeswehr, für die Polizei, für den gesamten Gewaltapparat des imperialistischen Staates.

So findet sich auch einige Nummern später in der UZ Nr.30 ein Leserbrief, in dem es unter anderem heisst: "In der BRD muss man entschieden und täglich, in Zivil und als 'Staatsbürger in Uniform' für die Sicherung des Friedens kämpfen und die **Demokratie schützen**." (Unterstreichung von der Red.).

Diese Tatsachen zeigen, dass die D'K'P bei ihrer pazifistischen Propaganda nicht stehenbleiben wird. Pazifistisch ist sie nur, wenn es um den Kampf gegen die Bourgeoisie geht. Wird diese Bourgeoisie von der Arbeiterklasse bedroht, wird diese Bourgeoisie in einen Krieg verwickelt, dann wird die D'K'P an der Seite der anderen bürgerlichen Parteien zur Verteidigung des Friedens (dieser Bourgeoisie) und der Demokratie (für diese Bourgeoisie) genauso zu den Waffen rufen, wie es ihre Vorgänger, die SPD-Führer zuerst beim I.Weltkrieg und dann immer wieder getan haben.
Aber sie sollen sich nicht täuschen. Damals hat der grosse Führer der Arbeiterklasse, Karl Liebknecht, seine Stimme gegen den Krieg erhoben. Tausende haben mit ihm zusammen den Kampf dagegen geführt. Und auch heute wird die Jugend, wird die Arbeiterklasse mit denen gehen, die den Frieden für die Massen erkämpfen wollen, denjenigen, die unter der Parole kämpfen: Krieg dem imperialistischen Krieg! Im Ernstfall, dreht die Gewehre um!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Marsch der Zehntausende nach Kairo

Um Ägypten zu der tur den 1. September geplanten Vereinigung mit Libyen zur Arabischen Union zu zwingen, mobilisierte Ghadafi 40.000 Menschen. die in einem machtvollen Konvoi von Motorrädern, PKW,s, LKW,s und Bussen (5000 Fahrzeuge) die Grenze nach Ägypten überschreiten, nach Kairo fahren und dort unter Teilnahme der ägyptischen Massen eine machtvolle Vereinigungskundgebung abhalten sollten. Dem Treck der Demonstranten vorausgegangen waren 18-tägige erfolglose Verhandlungen zwischen Präsident Sadat und seinem ungebetenen 'Gast' Ghadafi.

An der Mammutdemonstration brachen einige ziemlich bedeutende Widersprüche zwischen Libyen und Ägypten auf, die ihre Grundlage in der unterschiedlichen Struktur der jeweiligen Herrschenden nationalen Bourgeoisie haben. Ägypten ist ein Land mit 34 Millionen Einwohnern, das neben einer äusserst rückständigen Landwirtschaft eine verhältnismässig bedeutende Industrie aufzuweisen hat, insbeonsere in Heluan. Die nationale Bourgeoisie spielt eine ziemlich gewichtige Rolle, verfügt übergenügend Mittel, den Staat als ihr Instrument zu beherrschen und tendiert in dem Masse, in dem sich ihre Stellung verfestigt, zu bürgerlich-konservativen Ansichten. Das Bestehende und seine Fortentwicklung sind ihr wichtig. Darunter fällt, dass sie nicht vom Ausland gegängelt werden will, dass aber auch 'keine Experimente' unternommen werden, die ihre Vorherrschaft gefährden könnten. Aus diesem Grund ist sie weit weniger erpicht auf einen Krieg gegen Israel zum gegenwärtigen Zeitpunkt, da sie sich dabei keine Chance für sich selber ausrechnet. Ihr Vertreter ist Präsident Sadat.

Anders in Libyen, das nur zwei Millionen Einwohner hat, aber durch Ölquellen um ein vielfaches 'reicher' ist als Ägypten. Die nationale Bourgeoisie ist schwach entwickelt und konzentriert sich vorwiegend in der Armee. Für sie ist die Vereinigung mit Ägypten und die Forcierung des Krieges mit Israel einer der wichtigsten Bestandteile ihrer Politik. Nicht umsonst möchten sie ihren Vertreter Ghadafi an der Spitze der vereinigten arabischen Streitkräfte sehen.

An diesem Widerspruch scheiterte der Marsch der 40.000 Libyer auf Kairo. Sadat unternahm alles, um ihn zu stoppen und liess nur eine Delegation von 21 Teilnehmern nach Kairo kommen, die ihm eine 'mit dem Blut libyscher Frauen' geschriebene Petition überreichte. Ghadafi, der zu der Demonstration aufgerufen hatte, schreckte zurück und bremste sie durch seinen 'Rücktritt', den er bald wiederrief. Er wollte die Sache nicht auf die Spitze treiben, um die Vereinigung nicht doch noch zu gefährden. Er hofft auf eine 'friedliche' Vereinigung.

Das ganze Unternehmen, mit Massenaufgebot, blutgeschriebener Petition, Rücktritt und Rücknahme des Rücktritts, gleicht in vielem einem Zirkus, dennoch dürfen wir die Bedeutung der Vorgänge nicht unterschätzen.



Kampf dem Komplott der Supermächte in Nahost

Das Gerangel zwischen Ghadafi und Sadat geht letzten Endes darum, ob eine schärfere Linie gegen den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus und das Komplott der beiden Supermächte eingeschlagen wird oder nicht. Die palästinensischen Organisationen haben es für richtig gehalten, Ghadafi nach seinem 'Rücktritt' zum Verbleiben im Amt aufzufordern. Sie haben das nicht von ungefähr getan, schliesslich war schon vor dem Besuch Breschnews bei Nixon bekannt geworden, dass beide Supermächte die Bildung eines palästinensischen Staates **neben** Israel befürworteten, also einen Zustand der ständigen Spannung im Nahen Osten, damit sie im Trüben fischen können. Diese Information vom **Leiter der Nahostabteilung des sowjetischen Aussenministeriums** erhielt nach dem Treffen Nixon-Breschnew ihre Bestätigung.

Sicher, Ghadafi ist ein Vertreter der nationalen Bourgeoisie Libyens und ein erklärter Antikommunist. Er wird nicht über seinen Schatten springen. Er wird sich nicht zum wirklichen Revolutionär wandeln und die einzige konsequente revolutionäre Kraft im Nahen Osten bleibt nach wie vor das palästinensische Volk mit der PLO an der Spitze. Aber ebenso sicher ist, dass Ghadafi ein wichtiges Glied in der Front der arabischen Völker gegen US-Imperialismus, Zionismus und sowjetischen Sozialimperialismus ist, weil er eine gegen das Komplott der Supermächte gerichtete Politik verfolgt. Man muss beide Seiten sehen, wenn man die Widersprüche zwischen Ägypten und Libyen richtig einschätzen will.

Man muss unbedingt im Auge haben: Das Komplott der Supermächte US und Sowjetunion ist als Zweckbündnis gegen die Weltrevolution heute der gefährlichste Feind für die Völker der Welt.

Spanien

Streikwelle in Navarra - Vorbereitung auf den Generalstreik



AÑO IX - MADRID
VANGUARDIA OBRERA
ORGANO DEL COMITE CENTRAL DEL PARTIDO COMUNISTA DE ESPAÑA (M-L)
Nº 76 Julio 1973 10 PTS.

In ihrem Zentralorgan "Vanguardia Obrera" Nr. 76 vom Juli 1973 berichtet unsere Bruderpartei, die PCE/ML, über die Streikwelle, die Mitte Juni fast ganz Navarra überspülte. Der Streik entzündete sich an den Entlassungen bei "Motor Iberica" in Pamplona, einem von der Yankee-Firma "Massey Ferguson" kontolliertem Betrieb und griff bald auf alle anderen Fabriken Pamplonas über, aber auch auf andere Bereiche wie Kleinindustrie, Handwerk, Kaufleute, Wasser- und Stromversorgung, Transportwesen und Banken. Am 16 Juni standen über 100 000 Menschen im Streik.

Tagelang verwandelten sich die Strassen der Arbeiterviertel la Rochapea, Landaben und andere in ein wahres Schlachtfeld. Barrikaden aus Beleuchtungsmasten, PKW's und Pflastersteinen versperrten die Strassen. Wieder einmal stellten insbesondere **die Frauen dieser Viertel ihren hohen Kampfgeist unter Beweis.** Ihr hohes antifaschistisches Bewusstsein leitete sie an und ihr Eingreifen beim Barrikadenbau war oft entscheidend. Sie standen überall in den vordersten Reihen der Kämpfe.

Ein Funke wird zum Steppenbrand

Wie sich ein Ölfleck ausbreitet, so breitete sich der Streik auf andere Orte in Navarra aus: Villalva, Tafalla, Estella, Tudela, Buriada, Alsasua u.a. Von da sprang er auf weitere Teile von Euzkadi (Baskenland) über und glich bald einem Generalstreik. Er rief Solidaritätsaktionen in fast allen Teilen Spaniens hervor. In allen diesen Kämpfen waren es die PCE/ML, die Komitees proFRAP (Antifaschistische Patriotische Front) und die OSO (Gewerkschaftsopposition), die die Bewegung anleiteten und ihr ihren revolutionären Charakter gaben.

Die Faschisten versuchten, den Streik blutig niederzuschlagen. Sie machten von der Waffe Gebrauch, ein Arbeiter wurde erschossen, viele andere wurden verletzt. Verhaftungen wurden in einem solchen Masse vorgenommen, dass die Stierkampfarena von Pamplona, wohin man die Verhafteten brachte, bald wie 1939 einem Konzentrationslager glich. Folterungen durch die yankee-hörige faschistische Polizei waren an der Tagesordnung. Die faschistischen Bullen scheuten sich nicht, sogar 13- und 15-jährige Kinder zu foltern. Aber den Streik konnten sie nicht brechen. Auch ihre Feuerüberfälle auf von Arbeitern besetzte Fabriken fruchteten nichts. Die Kräfte des Proletariats und des Volkes wachsen. Nur etwas mehr als einen Monat nach den Maikämpfen in Madrid brach dieser Streik aus und in der ganzen Zeit verging kein Tag, an dem sich der Arbeiter- und Volkskampf nicht entfaltet hätte. Immer wieder fanden Aktionen statt, in Barcelona, Guipuzcoa, Navarra, Madrid, Vigo, Malaga usw. Das spanische Proletariat verachtet den Tod, um siegen zu können. In Pamplona ging es in diesen Tagen von Mund zu Mund: **'Einige von uns werden fallen, aber sie (die Faschisten) werden auch fallen!'**

Die Front gegen Franco erstarkt

Wichtig an dem Streik war, dass sich bestimmte Teile des Kleinbürgertums daran beteiligten, Kaufleute, Gewerbetreibende und freiberufliche schaffende Liberale. Das ist ein weiterer Beweis dafür, dass sich die Einheitspolitik der FRAP immer mehr in allen Teilen des Volkes verwurzelt.

Diese Kämpfe sind die harte Schule für den Generalstreik in ganz Spanien an dem Tag, da die Monarchie ausgerufen und ein Marionettenkönig der Yankees und Faschisten eingesetzt wird. Die Kampfparole in Spanien lautet für diesen Tag: **HRG - Huelga General Revolucionaria - Revolutionärer Generalstreik!**



Gemeinsames Kommunique

der KPD/ML und der PCE/ML

Unlängst fand ein brüderliches Treffen zwischen Delegationen der KPD/ML und der PCE/ML statt. Auf dieser Versammlung hat die PCE/ML die KPD/ML ausführlich über den Verlauf und die Resolutionen ihres I. Parteitages informiert. Zugleich haben beide Parteien Informationen und Erfahrungen ihres Kampfes und des Fortschritts beider Parteien ausgetauscht. Sie haben sowohl nationale Probleme der beiden Länder als auch die entsprechenden Aspekte der internationalen Lage diskutiert.

Bei der Versammlung stellte sich klar heraus die Einheit der Kriterien auf der Basis der Prinzipien des Marxismus-Leninismus beim Kampf gegen jede Spielart des Revisionismus, der von der sozialimperialistischen russischen Bande angeführt wird, und gegen den von den Yankee-Imperialisten angeführten Imperialismus.

Beide Seiten betrachten es als notwendig, den Kampf für die Erhaltung, Verbreitung und Anwendung des Marxismus-Leninismus zu intensivieren, und zwar im Kampf für die Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten und gegen jegliche revisionistischen Strömungen, die in die revolutionären Reihen eindringen. Sie bekräftigen ihren Entschluss, ihre Beziehungen untereinander stets auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus zu gründen und anzuwenden, die einzige Form, um die Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung zu schützen, und die grössten Anstrengungen zu machen, seine Einheit zu wahren und zu entwickeln an der Front gegen die Revisionisten aller Schattierungen, die Imperialisten und die Reaktionäre aller Länder.



"Abkommen gegen Atomkriege"

Kriegserklärung der Supermächte an die Völker der Welt !

Die in Washington vereinbarten Abkommen beider Supermächte, des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, zeigen klar, daß beide den bereits beschrittenen Weg der Allianz weiter ausbauen und befestigen wollen. In einem Abkommen - scheinheilig 'Abkommen zur Verhinderung von Atomkriegen' benannt, gestehen beide Supermächte sich vor der Welt das Recht zu, gemeinsam gegen jede Revolution, jeden Befreiungskampf und Volksaufstand vorzugehen. Die Sozialimperialisten nehemen dabei die ungeheure Schande auf sich, diese Sabotage am Kampf der Völker gegen den Weltimperialismus, mit Worten Lenins, dem ärgsten Feind desImperialismusim Munde, zu vertuschen.

In einem Artikel zu den sowjetischen-amerikanischen Abkommen, stellt 'Zeri I Popullt', Zentralorgan der PPA, treffend fest: 'Die Amerikaner sind dafür bekannt, dass sie über alles Rekorde aufstellen: wer am meisten essen kann, wer am längsten zu reden vermag, oder wer die grösste Lüge erzählen kann. Presse und Statistiken registrieren alle erzielten Rekorde, wie in der Industrie, bei Pferderennen oder über die geschiedenen Männer der Hollywood-Stars. ... Was aber die amerikanischen Chroniken fein säuberlich verschwiegen, war, dass Breschnews Besuch in den Vereinigten Staaten einen neuen Rekord aufstellte: den Rekord der Heuchelei, des politischen Zynismus, der Demagogie und des skrupellosen Betrugs, den Rekord in Intrigen und Komplotte in einem Ausmass, dass kein Gebiet und Kontinent der Welt davon ausgeschlossen ist.'

Schwierigkeiten der Supermächte nehmen zu

Wie anders ist es zu bezeichnen, wenn die beiden Supermächte, gedrängt durch innere und äussere Schwierigkeiten sich zusammenschliessen, den Völkern der Welt gegenüber diese Allianz als 'Meilenstein' auf dem Weg zu einer Friedensstruktur in der Welt (Kissinger) erklären, zugleich aber vertraglich festlegen, alle Völker, die der Weltherrschaft der beiden Supermächten den Kampf erklären, gemeinsam niederzuhalten?

Der US-Imperialismus ist gegenwärtig von einer seiner schwersten Krisen bedroht: Immer mehr zwingt der mutige Kampf der indochinesischen Völker den US-Imperialismus, von Indochina abzulassen. In Lateinamerika schliessen sich viele kleine Länder gegen das US-Kapital zusammen, selbst in der Nato haben die USA Schwierigkeiten, sich reibungslos durchzusetzen. Dazu kommt dann noch eine handfeste Währungs-, Markt-, Brennstoff-, und Investitionskrise. Und nicht zuletzt ist da auch noch Watergate.

Und just in diesem Moment taucht in Washington Breschnew auf, dem die rasende revisionistische Talfahrt immer heftigere Übelkeit bereitet: als trügerischer 'Antiimperialist' in Palästina ungern gesehen, in Polen, Tschechoslowakei usw. gar vom Volk bedroht, ständiger Ärger mit den Vasallen, wie ehemals Gomulka, Dubcek usw. und über Versorgungskrisen, wirtschaftlicher Bankrott kann dieser Erzrevisionist wohl gar noch lauter klagen als Nixon.

So stehen sie beieinander und versuchen mit grossem Spektakel über die beiderseitigen Schwierigkeiten hinwegzutäuschen :zwei angeschlagene Tiger, die, aufgrund ihres bevorstehenden wirtschaftlichen und politischen Ruins zu jedem Verbrechen bereit, lauthals Ideale predigen. '...Geleitet von dem Streben, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu festigen...' wollen sie die Gefahr von Atomkriegen bannen.

Hinter den Worten vom Frieden - das Diktat der Bajonette

Tatsächlich aber bekräftigen sie in eben diesem Abkommen ihr internationales Diktat über die Völker der Welt.

Unter Punkt IV heisst es: ' Wenn die Beziehungen zwischen den Verhandlungsparteien oder einer Verhandlungspartei und anderen Staaten zu irgendeinem Zeitpunkt die Gefahr eines nuklearen Konflikts mit sich bringen oder wenn die Beziehungen zwischen Staaten, die nicht Unterzeichner dieses Abkommens sind, die Gefahr eines Atomkrieges zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken oder zwischen einer Vertragspartei und anderen Staaten hervorzurufen scheinen, dann werden die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion gemäss den Bestimmungen dieses Abkommens unverzüglich dringende Verhandlungen miteinander beginnen und alles unternehmen, um diese Gefahr abzuwenden.' Vom imperialistischen Sprachbrimborium befreit, heisst das: Die zwei Supermächte beraten sich und treffen gemeinsame Massnahmen, um überall dort aufzumarschieren und einzugreifen, wo ihre imperialistischen Machtinteressen, wo ihre Vorherrschaft über die Welt angetastet werden.

Noch bevor sie ihr Abkommen geschlossen hatten, zeigten beide, wie das mit dem Frieden und der Verhütung von Atomkriegen gemeint ist. Bei der Ausdehnung seines Machtbereiches stiess der US-Imperialismus auf den heftigsten Widerstand des vietnamesischen Volkes. Das vietnamesische Volk war und ist nicht bereit, seine Freiheit aufzugeben und sich dem Diktat des US-Imperialismus zu unterwerfen. Folglich 'drohte ein Atomkrieg', da die US-Imperialisten in ihrer Aggression soweit gingen, dem vietnamesischen Volk mit der Atombombe zu drohen. Und sogleich befleissigte sich der sowjetische Sozialimperialismus, seinen amerikanischen Freunden zu Hilfe zu eilen: 'Im Namen des Weltfriedens' übten sie Druck auf das vietnamesische Volk aus, es solle seine Waffen strecken, damit ein Atomkrieg verhindert werde. Das ist ihre Imperialistenlogik, die sie heute mit ihrem Abkommen den Völkern der Welt als Friedensmachwerk verkaufen wollen.

Aber die Frage steht: Wer droht mit Atombomben? Wer steht mit seinen Truppen in fremden Ländern und bedroht die Völker? Wer schafft Unruhe und rüstet gewaltig auf, um seinen Machtbereich durch weitere Kriege und Aggressionen zu halten und auszuweiten? Es sind die amerikanischen Imperialisten und die Sozialimperialitsen! Sie haben ein System der neokolonialen Ausbeutung geschaffen! Ihr 'Frieden' heisst nichts anderes, als dieses System mit aller Gewalt zu verteidigen.

Einzig, um ihre konterrevolutionäre internationale Diktatur durchzusetzen, haben sie sich zusammengeschlossen und eine Art Doppelherrschaft errichtet. **Mit ihrem Abkommen verpflichten sich die Zwei Supermächte, nicht in das Revier des anderen einzudringen, gegenseitige Konfrontation und Konflikte zu vermeiden. Auf diese Weise wollen sie sich beide Hände freihalten, um mit aller Gewalt gegen die sich erhebenden Völker vorzugehen. So hoffen sie, ihre Macht und ihre Herrschaft über die Welt zu verewigen.**

Abfuhr im Nahen Osten

Im Nahen Osten praktizieren beide Supermächte diese Politik bereits seit langer Zeit. Das palästinensische Volk führt dort einen revolutionären Krieg gegen die israelischen Zionisten, die sich im Auftrag des US-Imperialismus dort eingenistet haben, die arabischen Völker überfallen und ihnen Gebiete geraubt haben.

Für die Supermächte, die hier ihren Einfluss errichtet haben, bedeutet der Sieg des palästinensischen Volkes eine grosse Gefahr, ihren Einfluss zu verlieren. Sie begründen ihre Anwesenheit ja gerade mit der Gefahr der Kriegssituation im Nahen Osten. So sind beide stark daran interessiert, dass die bestehende Situation nicht durch den revolutionären Volkskrieg der Palästinenser gelöst wird. Vielmehr verteidigen sie um jeden Preis ihre eigenen Interessen und verhindern gewaltsam, dass das Volk Palästinas die von den Zionisten geraubten Gebiete zurückerobert. **Sie wollen die Aufrechterhaltung der Situation 'weder Krieg noch Frieden', um weiter hin ihre Anwesenheit garantiert zu wissen.** Auch hierbei wollen sie sich als die wahren Friedensstifter präsentieren: Der gerechte Krieg der Palästinenser müsse verhindert werden, weil er zum Weltkrieg führen könne. Diesen Standpunkt bekräftigten Breschnew und Nixon beide noch einmal bei ihrem Treffen in Washington.

Die arabischen Völker aber durchschauen diese Machenschaften der beiden Supermächte. Sie wissen, dass einzig der Sieg des palästinensischen Volkes, die Zerschlagung der aggressiven zionistischen Macht Israel im Nahen Osten Frieden bringen kann.

So kommentiert die ägyptische Zeitung 'Al Ahram' die 'Beunruhigung' Nixons und Breschnews, die sie gemeinsam in Washington über die Lage im Nahen Osten äusserten: 'Wenn Amerika wirklich beunruhigt gewesen wäre, hätte es sicherlich fertiggebracht, die ungeheuren Waffenlieferungen nach Israel zu unterbinden, um der aggressiven Politik dieses Staates ein Ende zu setzen. So hätte auch die UdSSR, wenn sie beunruhigt gewesen wäre, aus dieser Annäherung auf politischem Gebiet profitieren und die USA überzeugen können.'

Anlässlich des amerikanischen Veto im Sicherheitsrat gegen eine Resolution, die Israel wegen seiner fortdauernden Besetzung arabischer Gebiete verurteilen sollte, prangerte der ägyptische Staatspräsident Sadat den Verrat der Sozialimperialisten in Moskau als Ergebnis der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit an. **'Ägypten'**, so sagte Sadat, **'ist von Weltmächten eingekreist, die einander umarmen. ...Alles, was für uns jetzt noch zählt, ist unser eigener Wille und unsere eigene Entscheidung.'** Mögen sich die Sowjetrevisionisten im Nahen Osten noch so sehr als Antiimperialisten aufspielen. Die arabischen Völker haben sie schon lange als Sozialimperialisten, die besten Freunde des US-Imperialismus durchschaut.

Mit der ständigen Annäherung an die US-Imperialisten unter Chruschtschow und Breschnew hat der sowjetische Sozialimperialismus die konterrevolutionäre Zusammenarbeit beider Supermächte ständig gefestigt. Vietnam und Naher Osten sind nur ein Beispiel dafür. Mit den in Washington von Nixon und Breschnew unterzeichneten Abkommen aber hat die Allianz eine neue Stufe erreicht.



Nieder mit der aggressiven Allianz Washington - Moskau

Mit den jüngsten Treffen in Washington und der Unterzeichnung verschiedener öffentlicher und geheimer Abkommen haben die sowjetischen Sozialimperialisten offen bekannt, dass sie an der Seite des US-Imperialismus stehen, dass beide sich im Kampf gegen die Völker verbinden. Bisher hatten die Sozialimperialisten immer noch versucht, diese Zusammenarbeit zu vertuschen.

Wenn bisher die Zusammenarbeit bereits kontinuierlich verlaufen ist, so haben sie jetzt diese sogar in einem Vertrag grundlegend festgelegt. Über die bisherige Zusammenarbeit hinaus aber liegt das sogenannte ''Abkommen zur Verhütung von Atomkriegen'' eindeutig fest, dass beide Supermächte, wenn ihre Weltherrschaft von den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern ernsthaft bedroht ist, gemeinsam gegen die Völker der Welt militärisch vorgehen werden'' ... a l l e s unternehmen, um diese Gefahr abzuwenden.'' So steht es in dem Vertrag!

Und es ist klar, um so gewaltiger die militärische Macht der Supermächte ist, und die gemeinsame Militärmacht beider Supermächte (inclusive ihrer Blöcke) ist wahrhaftig gewaltig, desto eher werden sie sich auch nicht scheuen, diese zur Geltung zu bringen. Der Pakt der zwei Supermächte hat keineswegs den Frieden auf der Welt gefördert und gewiss nicht die Gefahr von Atomkriegen gemindert. Im Gegenteil! Dieser Pakt der Supermächte hat die Gefahr eines Dritten Weltkrieges in ausserordentlichem Masse erhöht.

Die bisherige Zusammenarbeit und die gegenwärtigen Abkommen beweisen, dass die Kremlführer den Marxismus-Leninismus völlig verraten haben. Ihre wirtschaftlichen, politischen und militärischen Beziehungen zu den US-Imperialisten, ihre umfassende konterrevolutionäre Allianz mit den USA, haben nichts mehr mit der revolutionären Aussenpolitik Lenins und Stalins zu tun. **Lenins Grundsatz war: 'Handel treiben, aber keine politischen und militärischen Zugeständnisse machen. Wir verzichten nicht auf die Revolution, auch nicht auf die Solidarität und Unterstützung der revolutionären Bewegungen'.**

Was aber tut Breschnew? - Er ist vor dem US-Imperialismus zu Kreuze gekrochen. Er ist als Bittsteller nach Washington gereist, der den US-Dollar ins eigene Land komplimentierte, in einem Ausmass, das selbst die dem Dollar gegenüber gastfreundlichen kapitalistischen Länder übertrifft. Wie ein schmieriger Krämer bot er die Bodenschätze Sibiriens zu Schleuderpreisen, sodass selbs. die Wallstreet-Milliardäre erstaunt waren. Mit seinen Schachereien stellen die sowjetischen Sozialimperialisten nach und nach die sowjetischen Reichtümer und Bodenschätze unter die Kontrolle der amerikanischen Truste. Und schaffen somit Voraussetzungen, dass Sibirien US-Protektorat wird. Es liegt auf der Hand, wer bei diesen Abkommen die grösseren Vorteile herausholt.

Zum anderen haben die Sozialimperialisten schon lange auf die Solidarität und Unterstützung der revolutionären Bewegungen verzichtet. Die Sowjetunion ist heute gemeinsam mit dem US-Imperialismus zum Würger der Revolution geworden, ihre Worte der Solidarität und Unterstützung für den Freiheitskampf der Völker sind nichts als hohle Phrasen. die ihre konterrevolutionären Machenschaften verdecken sollen.

Trotz aller Rivalitäten und Widersprüche zwischen beiden, bilden heute die beiden Supermächte eine gemeinsame Front gegen die Völker. Sie wetteifern und unterstützen sich in ihren räuberischen und aggressiven Zielen.

Die Praxis hat die Richtigkeit der revolutionären Thesen und Standpunkte der Partei der Arbeit Albaniens, die auf dem 6. Parteitag hervorgehoben wurden, bestätigt: Sowohl der amerikanische Imperialismus als auch der swojetische Sozialimperialismus müssen gleichermassen bekämpft und entlarvt werden, denn beide sind heimtückisch und gefährlich. Der Kampf gegen beide ist eine Hauptbedingung, um dem Druck ihrer konterrevolutionären Allianz standzuhalten, um ihren teuflischen Manövern Widerstand zu leisten und um über ihre aggressiven Pläne den Sieg davonzutragen.

Nieder mit dem US - Imperialismus !

Nieder mit dem sowjetischen Sozialimperialismus!

Nieder mit der NATO !

Nieder mit dem Warschauer Pakt !

Es lebe der Sieg im Volkskrieg !

Weiterer Antikriegstagsprozeß

Hände weg vom Genossen Haschemi

Immer noch werden Genossen und Sympathisanten der KPD/ML und der Roten Garde wegen ihrer Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 in München vor Gericht gezerrt. Einer davon ist Sascha Haschemi. Er ist angeklagt eines "Vergehens des besonders schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit dem Vergehen des besonders schweren Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, begangen in Mittäterschaft und eines Vergehens des unberechtigten Führens von Waffen bei Versammlungen." Diese Waffe, eine Stange, wird in der Anklageschrift gleich viermal erwähnt. Das Verfahren gegen ihn wurde nicht aufgrund einer Festnahme bei der Demonstration, sondern aufgrund von Fotos nachträglich eröffnet. Und das Strafmass haben sie auch gleich vor der Verhandlung festgesetzt: "... da der Angeschuldigte eine Strafe von mehr als einem Jahr Jugendstrafe zu erwarten hat."

Sascha Haschemi ist aber noch wegen eines anderen 'Vergehens' angeklagt, wegen der Teilnahme an einer Vietnam-Demonstration einige Zeit vor dem Roten Antikriegstag. Wegen dieser Sache ist er aus der Lehre geflogen. Er ist iranischer Staatsbürger und hatte ein Einbürgerungsverfahren laufen, das daraufhin gestoppt wurde. Seine Aufenthaltserlaubnis für die Bundesrepublik wurde nicht verlängert und er bekam einen Fremdenpass mit dreimonatiger Gültigkeit. Mit diesem Pass kann er in der Bundesrepublik keine Arbeit bekommen. Bei Ablauf des Fremdenpasses kann Sascha Haschemi **jederzeit dem blutgierigen Regime des Schah ausgeliefert werden.** Das bedeutet Tod oder jahrzehntelange Haft. Die Bourgeoisie hat ihr ganzes 'rechtliches' Arsenal an Terror gegen unseren Genossen Sascha aufgeboten.

Olympiade - Deckmantel für den imperialistischen Krieg

Die Demonstration zum Roten Antikriegstag, wegen der Genosse Sascha angeklagt ist, stand unter der Losung 'Krieg dem imperialistischen Krieg'. Mit seinen 'Olympischen Spielen des Friedens' wollte der westdeutsche Imperialismus seine Kriegs- und Bürgerkreigsvorbereitungen vertuschen. Sein wahres Gesicht zeigte sich zum Beispiel daran, dass auch die rhodesischen Rassisten teilnehmen sollten.

Die Friedensmaske musste dem westdeutschen Imperialismus vom Gesicht gerissen werden, von dem Gesicht, das sich schon bald als Fratze entpuppte, als die westdeutschen Imperialisten den Mord an den sieben Geiseln in Fürstenfeldbruck vollbrachten, dem internationalen 'Abkommen gegen den Terrorismus' beitraten, das sich gegen den Freiheitskampf der Völker in aller Welt richtet.

Nicht umsonst hetzten alle Imperialisten mit ungezügelter Wut gegen die Demonstration. Nicht umsonst schlossen sich die sowjetischen Sozialimperialisten und die modernen Revisionisten aus SED und D'K'P dieser Hetze an.

Die Imperialisten aller Schattierungen gerieten seit der Olympiade noch tiefer in die Isolierung. Das vietnamesische Volk siegte im Volkskrieg, die antiimperialistischen Kämpfe in Asien, Afrika und Lateinamerika erlebten einen ungeahnten Aufschwung. Und wie in der Welt, so erging es auch den westdeutschen Imperialisten und ihren Bütteln in München. Nicht einen Zeugen aus der Bevölkerung konnten sie für ihre Anklage gegen unseren Genossen beibringen, alle Zeugen sind Polizisten und Kriminaler.

Der Widerstand gegen Ausplünderung und Unterdrückung wächst

An der Seite der angeklagten 'Verbrecher' des Roten Antikriegstags dagegen steht heute objektiv die Bevölkerung von Frankfurt, Nordhorn und Westermoor, stehen die Arbeiter von Vulkan, Hoesch, Kloeckner, John Deere und Hella in Lippstadt und Paderborn, stehen alle Arbeiter und fortschrittlichen Menschen, die sich gegen Lohnraub, Gewerkschaftsbetrug, Wohnungselend, Kriegsübungen und politische Unterdrückung aktiv zur Wehr setzen.

In der KPD/ML sieht die Bourgeoisie immer mehr die Kraft, die diesen immer stärker und häufiger aufflammenden Kämpfen die revolutionäre Stossrichtung geben und den westdeutschen Imperialismus hinwegfegen kann. Deshalb versucht sie über Prozesse gegen einzelne Genossen und Sympathisanten der KPD/ML und der Roten Garde die Partei als kriminelle Vereinigung hinzustellen und auf 'kaltem' Wege zu verbieten. Eine Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht, ein Verbot der KPD/ML als politische Partei, fürchtet sie wie die Pest, weil sie damit offen zugeben müsste, dass es ihr dabei nicht auf die Wahrung irgendeiner 'Demokratie', sondern um die Verteidung ihrer Klassendiktatur geht.

Deutsche und ausländische Arbeiter - eine Kampffront

Die Bourgeoisie rüstet weiter gegen die Arbeiterklasse, Notstandsgesetze, Ausbau der Polizei, Bürgerkriegsübungen des Grenzschutzes und der Bundeswehr, das ist ein Teil des Arsenals. Die schärfsten Sanktionen aber richten sich gegen den am meisten entrechteten Teil des Proletariats, unsere ausländischen Kollegen. Gegen sie hat die Bourgeoisie die reaktionären Ausländergesetze in Kraft gesetzt. Gegen diese Gesetze hat die KPD/ML von Anfang an in einer machtvollen Demonstration von 15.000 Kommunisten und fortschrittlichen Menschen in Dortmund schon kurz nach dem Roten Antikriegstag den Kampf aufgenommen. Den DGB-Führern und den modernen Revisionisten von der D'K'P genügten aber diese Gesetze noch nicht. Sie schwätzten von der 'Fürsorge für die Gastarbeiter' und fordem in Wirklichkeit eine verschärfende Reform dieser Gesetze. Sie schreien lauthals nach der sofortigen Ausweisung aller 'wild' Streikenden, aller fortschrittlichen ausländischen Kollegen.



Diese reaktionären Ausländergesetze, denen auch unser Genosse Sascha zum Opfer fallen soll, können die Kommunisten und die Fortschrittlichsten der Arbeiterklasse nicht aufhalten. Die spanischen und anderen ausländischen Kollegen bei Hella in Lippstadt und Paderborn haben gezeigt, wie man gegen sie vorgeht: mit der geballten Faust!

Schaffen wir für den Genossen Sascha eine breite, vom proletarischen Internationalismus getragene Front der Solidarität! Zerschlagen wir die Komplotte der westdeutschen Imperialisten gegen die Arbeiterklasse und unsere ausländischen Kollegen!

KAMPF DEN REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZEN!
ES LEBE DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!
KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

EINHEIT!

PROLETAIRES DE TOUS LES PAYS, NATIONS ET PEUPLES OPPRIMES, UNISSEZ-VOUS !



Fondateur: Honoré WILLEMS, fusillé par les nazis le 29 février 1944

In Nr. 202 vom 21.6. ihres Zentralorgans CLARTE schreibt unsere Bruderpartei, die KP Belgiens/Marxisten-Leninisten, zu ihrer Vereinigung im Kampf gegen den modernen Revisionismus und den Verräter Grippa, samt seiner Anhänger.

Es lebe die vereinigte Kommunistische Partei Belgiens/ML! Es lebe die Partei der Avantgarde des Proletariats, die Partei der sozialistischen Revolution! Ein grosser Erfolg kann den Arbeitern, den werktätigen Bauern, den Werktätigen, den Intellektuellen, den Studenten und Schülern - allen arbeitenden Menschen bekanntgegeben werden: Die Vereinigung der KPB/ML, der Partei der Sozialistischen Revolution!

Unsere Partei baut auf den besten Traditionen der revolutionären belgischen Arbeiterbewegung auf. Unsere Partei setzt das Werk der Belgischen Kommunistischen Partei, Sektion Belgien der KI fort, die 1921 mit dem grossen revolutionären Führer Joseph Jaquemotte an der Spitze gegründet wurde...

Unsere Partei gründet sich auf den Kampf der im Innern der PCB durch mutige Kämpfer gegen die verräterische Linie geführt worden ist, **gegen den sich ausbreitenden revisionistischen Einfluss, gegen eine immer offener werdende Entartung, die am deutlichsten wurde in der Entwaffnung der Widerstandsbewegung,** in der ministeriellen Beteiligung, in der Liquidierung der Einheitsgewerkschaft, im parlamentarischen Kretinismus, in der Nachfolge der Sozialdemokratie und der Führung des FGTB, im verpassten Sektierertum, hinter dem sich Opportunismus in der Praxis verbarg, in der offenen Leugnung erst Stalins und dann auch Lenins.

Fortsetzung auf Seite 8

Grußadresse des ZK der KPD/ML an das ZK der Kommunistischen Partei Belgiens/Marxisten - Leninisten

Genossen,

Wir beglückwünschen Euch zur Vereinigung Eurer Partei und senden Euch brüderliche Kampfesgrüsse. Ihr habt im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in der einheitlichen Partei einen grossen Sieg für die Sache der Arbeiterklasse errungen.

Aus unserer eigenen Erfahrung wissen wir um die Schwierigkeit dieses Kampfes und die grosse Bedeutung Eures Erfolgs.

Ihr habt dem modernen Revisionismus und damit der Bourgeoisie in Eurem Land einen empfindlichen Schlag versetzt, der über die Grenzen Eures Landes hinaus eine Stärkung der ML-Bewegung und des proletarischen Internationalismus bedeutet.

Wir sind davon überzeugt, dass Ihr im weiteren Kampf die revolutionäre Einheit in der Partei festigen und alle aufrechten Marxisten-Leninisten für die Partei gewinnen werdet.

1963 habt Ihr als erste marxistisch-leninistische Partei in Westeuropa das Banner des Marxismus-Leninismus aus dem Schmutz erhoben, in den es die modernen Revisionisten mit ihrem Verrat an der Revolution getreten hatten.

Für Eure bevorstehende nationale Konferenz, die, wie Ihr schreibt, für den Flügel um 'L'EXPLOITE' der erste Parteitag und für den Flügel um 'CLARTE' ein ausserordentlicher Parteitag sein wird, wünschen wir Euch Erfolg und die Wahl eines starken, einheitlichen neuen Zentralkomitees, das Euch zu weiteren Siegen führen möge.

ZK DER KPD/ML

ES LEBE DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI BELGIENS/MARXISTEN-LENINISTEN!
VORWÄRTS MIT DEM KAMPF DER BELGISCHEN ARBEITERKLASSE!

SOLIDARITÄTSADRESSE FÜR DEN GENOSSEN SCHMIDT

Der Arbeiter-Gesang-Verein Marburg sendet dem Genossen Schmidt seine solidarischen Grüsse.

Die Klassenjustiz hat Dich zu 1 ½ Jahren Knast verurteilt, ohne einen Funken eines Beweises. Was hast Du verbrochen? Du wurdest angeklagt, Kommunist zu sein. Es ging nicht darum, Dir eine 'strafbare' Handlung nachzuweisen, sondern der ganze Prozess zeigte, dass es, notfalls auch mit Gewalt, darum geht, zu verhindern, dass Du Dich für Deine Klasse einsetzt. Doch Deine Verurteilung wird die Kollegen nicht davon abhalten, in immer grösserer Zahl Deinen Kampf fortzusetzen und siegreich zu Ende zu führen.

Wir sitzen heute wie jeden Freitag hier zusammen, um die alten und neuen Kampflieder der Arbeiterklasse zu singen und darüber zu diskutieren, um auch auf diesem Gebiet den Klassenkampf voranzutreiben. Und so unterstützen wir auch Dich in Deinem Kampf vor Gericht. Wir rufen Dir die Zeilen aus dem Lied 'Resolution der Kommunarden' zu:

In Erwägung unserer Schwäche machtet
Ihr Gesetze, die uns knechten solln,
Die Gesetze seien künftig nicht beachtet,
In Erwägung, dass wir nicht mehr Knecht sein wolln.

In Erwägung, Ihr hört auf Kanonen -
andre Sprache könnt Ihr nicht verstehn -
müssen wir dann eben, ja, das wird sich lohnen,
die Kanonen auf Euch drehn!

Hört die revolutionären Sender !



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.oo - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	41 und 5o Meter
23.oo - 23.3o	41 und 5o Meter 215 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.oo - 19.3o Immer: 43.7, 42.8
21.oo - 22.oo und 26.2 Meter

ERSTMALIG IN WESTDEUTSCHLAND

Shanghaier Artisten

Erstmalig gastiert in der Deutschen Bundesrepublik eine Artistengruppe aus der Volksrepublik China, die Shanghaier Artistengruppe. Auf ihrer Reise durch Europa, die in Rumänien und der Volksrepublik Albanien begann, machen die Artisten auch in Köln, Münster, Frankfurt und Hamburg Station. "Im Namen des chinesischen Volkes grüssen wir das deutsche Volk-'' damit beginnt für die Zuschauer die Vorstellung. **Genossen, die in Köln die Veranstaltung besuchten, berichten, dass vorher die Angestellten der Kölner Sporthalle alle persönlich begrüsst worden waren. Die chinesischen Künstler überreichten ihnen als Gastgeschenk Abzeichen mit dem Bild der Tiän-An-Man-Tribüne in Peking.**



Das Programm der Artistengruppe reicht von traditionsreichen, uralten chinesischen Kunststücken wie dem Tellerwirbeln, dem Diabolo-Spiel einer Mädchengruppe und dem Löwentanz bis zu modernen Darbietungen wie der Fahrradnummer. Was die westdeutschen Zuschauer vor allem besticht, ist die Einfachheit der Mittel, das bescheidene Auftreten der Künstler. Nicht atemberaubende Sensation steht hier im Mittelpunkt, nicht Glimmer und Sexappeal. Im Mittelpunkt steht der spielerische Kampf mit den Naturgesetzen, Kraft, Ausdauer und Körperbeherrschung. Und insofern zeigt sich auch in der Artistik das neue, das sozialistische China: Mit Künstlern, die aus dem Volke kommen, mit den Volksmassen diskutieren und einen Teil des Jahres in der Produktion arbeiten: mit einer Kunst, die Altes und Neues verbindet und auf spielerische Art einen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China leistet.





Besuch auf einem chinesischen Frachter

'Am 6.7.73 besuchte ich den chinesischen Frachter 'Tianlin', der im Bruker Hafen (Unterweser) Futtergetreide aus China löschte.

Ich nahm als Geschenk mehrere Nummern des Roten Morgen mit an Bord. Dort angekommen, zeigte ich dem ersten chinesischen Genossen den Roten Morgen. Sofort holte er einen englisch sprechenden Genossen herbei. Schnell scharten sich ca. 20 um mich, höflich wurde ich in den Aufenthaltsraum gebeten. Unterwegs konnte ich einen Blick auf einige Räume des Schiffes werfen, sah das Hospital, die Schlafkombüsen und die Küche. Alles war freundlich und sauber (ich kann das beurteilen, hab schon viele Schiffe gesehen, dabei waren die SU-Schiffe mit Abstand am dreckigsten).

Der Aufenthaltsraum war sehr schön eingerichtet. Im Vorflur hingen viele Wandzeitungen. Ich musste den chinesischen Genossen — drei von ihnen konnten englisch — mit meinem gebrochenen Englisch und mit Händen und Füssen den Roten Morgen erklären. Dabei zeigte ich ihnen auch ein Bild vom Genossen Ernst Aust. Sofort holte ein junger chinesischer Genosse ein Buch, in dem offensichtlich sämtliche Bruderparteien der Welt verzeichnet waren. Dort stand unter Westdeutschland etwa sinngemäss verkürzt: KPD/ML, Zentralorgan Roter Morgen, Vorsitzender Ernst Aust. H.H.

Nach etwa zwei Stunden nahm ich Abschied von den chinesischen Genossen. Die ganze Reeling stand voll, alle ballten die Faust mir zum Gruss. Den Kapitän habe ich nur kurz gesehen, er stand im Laderaum und schaufelte mit zwei anderen Genossen Getreide vor das Saugrohr."

Polen

Giereks Terror wird den Kampf des Volkes nicht brechen !

In der letzten Ausgabe des RM berichteten wir über den Kampf und die Aktivitäten des Verbandes der Kommunistischen Jugend Polens gegen die revisionistischen Machthaber Polens. Trotz **grosser Anstrengung und ausserordentlichem Terror gelingt es der Gierek-Clique nicht, den Marxisten-Leninisten Polens die Kampfkraft zu nehmen.** Dass der Kampf der polnischen Marxisten-Leninisten grosses Ausmass annimmt, zeigt ein Artikel der französischen Zeitung Le Monde:
Le Monde schreibt: 'Eines der augenblicklich in privaten Kreisen am meisten diskutierten Themen ist der seit 18 Monaten andauernde und in letzter Zeit immer härter werdende Kampf der Staatsbehörden gegen die Mitglieder der KPP. Der eigentliche Führer dieser illegalen Partei ist der Stalinanhänger Mijal, der in Albanien im Exil lebt. Zahlreiche Mitglieder dieser Partei sollen festgenommen worden sein, und einer von ihnen mindestens, eingekerkert in der Rakowieckastrasse in Warschau, soll zum Tode verurteilt worden sein.

Die polnische Presse hat weder über die Verhaftungen noch über die Gründe der Urteile auch nur ein einziges Wort publiziert.' Laut Le Monde sollen ebenso darüber Gerüchte bestehen, wodurch der ehemalige Innenminister Polens, Ociepka, der schärfstens gegen unsere Bruderpartei vorging, bei einem Flugzeugunglück ums Leben kam. Die Ursache des 'Unglücks' wird in Polen nicht bekanntgegeben.

Ein weiteres Beispiel berichtet Le Monde: 'Am 11. Mai, dem Tag der Ankunft des Herrn Breschnew in Polen, ging die Pressezentrale, die die meisten Zeitungen herausgibt, in Flammen auf. Offiziell wird energisch behauptet, dass nur ein Unglücksfall vorlag, aber es wurde keine einzige überzeugende Erklärung abgegeben.

Der Bericht macht aber auch deutlich, unter welchen schwierigen Bedingungen die polnischen Genossen den Kampf führen. Trotz allem aber wird ihnen die Zukunft gehören. Der Aufstand der polnischen Arbeiter 1970 ist der beste Beweis dafür, dass das Volk Polens sich unter der Führung seiner wahrhaft kommunistischen Partei gegen den Kremlstatthalter Gierek erheben wird, um die Diktatur des Proletariats gewaltsam wiederherzustellen.

Bestellschein

HIERMIT BESTELLE ICH:

PROBENUMMER ☐

DEN ROTEN MORGEN AB NUMMER ....

ROTER MORGEN

Bestellungen an:
87 Würzburg,
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschliesslich Porto DM 25,--. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL, ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

Clarté

Fortsetzung von Seite 7

Unsere Partei setzt das Werk einer gewissen Zahl entschlossener, kämpferischer Kommunisten fort, die 1963 die Frage der Neugründung der Kommunistischen Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus angepackt haben - der ersten marxistisch-leninistischen Partei in Westeuropa.

Der erste Führer dieser Partei hat sich als Verräter erwiesen, wir haben gegen ihn und gegen die Abenteuerclique und die Höflinge um ihn herum revolutiert. Unsere Partei wird die Lehren aus dieser Erfahrung ziehen müssen. Schon heute steht fest, dass die Entartung der Partei unter der Herrschaft von Grippa ihre Basis hat in einem mehr formalen als inhaltlichen Bruch mit dem Revisionismus, im bürokratischen Zentralismus, im Fehlen der Demokratie, in der ideologischen Misere vieler Kämpfer, die absichtlich aufrechterhalten wurde, im Fehlen des ganzen leninistischen organisatorischen Aufbaus, in einer Ablehnung der grossartigen Bedeutung der Proletarischen Kulturrevolution in China.

Die gesamte Partei steht hinter der "Sammlung der Dokumente des ersten Parteitags der PCMLB", auch wenn nur ein Flügel der Partei, der um Clarte organisierte, sie hervorgebracht hat, denn sie sind das Ergebnis eines intensiven, ideologischen Kampfes und ein Teil der Grundlagen für den Prozess der Wiedervereinigung der Partei.

Heute gibt es nur noch eine wiedervereinigte Partei: mit einer einzigen Linie, einer einzigen Führung, einem einzigen Zentralorgan.

Arbeiter, Bauern, Werktätige, Angestellte, Intellektuelle und revolutionäre Schüler und Studenten - alle arbeitenden Menschen, ihr, die ihr Schluss machen wollt mit Krisen und Kriegen von Grund auf, mit allem Übel des kapitalistischen und imperialistischen Regimes, seid neben uns, kämpft mit uns, reiht euch ein in unsere Reihen, um das Ausbeuterregime durch die proletarische Revolution zu zerschlagen. Entreissen wir den Monopolkapitalisten die Macht, errichten wir die Diktatur des Proletariats, die am meisten demokratische Herrschaft, die möglich ist, weil die Macht ausgeübt wird von der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen arbeitenden Menschen.
Es lebe die sozialistische Revolution!
Es lebe der Kommunismus!
Zentralkomitee der KPBML

Kontaktadresse: